

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Ruchnappel und Tirschoheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mt. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mt. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und andere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die lehrspaltene Grundzeile wird mit 75 Pfg., für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltene Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mt. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindevorstellungen der umliegenden Ortschaften. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 228

Donnerstag, den 30. September 1920

70. Jahrgang.

Milchbezahlung

für die Zeit vom 3. bis mit 10. Oktober 1920.
Sollmilch, Nr. 1—2250 Freitag vormittag 9—12 Uhr im Lebensmittelamt. Nr. 2251—Ende nachmittags von 1/3—4 Uhr im Gemeindefeueramt.
Ragermilch, 1—1200 Sonnabend vorm. 9—11 Uhr, Nr. 2651—Ende von 11—12 Uhr mittag nur im Lebensmittelamt.
 Die Sollmilch kann auch auf längere Zeit bezahlt werden. Preise, Vorlegung der Milchkarten und Bekanntmachung über Abgabe wie bisher.
 Lichtenstein-Callnberg, den 30. September 1920.
 Städtisches Lebensmittelamt.

Bekanntmachung, Grundbesitzerbetreffend

Auf Grund von § 22 des Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz vom 12. August 1920 ist beschlossen worden, rückwirkend vom 13. August 1920 ab den im V. Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung für die Stadt Lichtenstein-Callnberg unterm 2. Februar 1920 in § 2 festgesetzten gemeindlichen Zuschlag zur Grundbesitzersteuer von 1 vom Hundert auf 2 vom Hundert zu erhöhen.
 § 3 des oben erwähnten V. Nachtrags hat durch das Vollzugsgesetz zum Landessteuergesetz vom 12. August 1920 seine Gültigkeit verloren.
 Lichtenstein-Callnberg, am 30. September 1920.
 Der Stadtrat.

Bekanntmachung

betreffend die Geschäftszeit im Gemeindefeueramt.
 Während der Wintermonate und zwar vom 1. Okt. 1920 bis 31. März 1921 ist die Geschäftszeit im Gemeindefeueramt wieder auf früh 8 bis nachmittags 1 Uhr und nachmittags 3 bis 6 Uhr festgesetzt worden.
 An den Tagen vor Sonn- und Festtagen wird von früh 8 bis nachmittags 3 Uhr durchgearbeitet.
 In der Gemeinde-, Spar-, Giro- und Steuerkasse werden die Schalter für den Publikumsverkehr bereits um 5 bez. 2 Uhr, also eine Stunde früher, geschlossen.
 Hohndorf, den 23. September 1920.
 Der Gemeindevorstand.
 Schuster.

Sonntagsruhe in Apotheken betreffend

Apotheker ohne Gehilfen, die ihre Apotheke an Sonn- und Feiertagen von 1—8 Uhr nachmittags ohne Dienstbereitschaft schließen, haben außer den in der Verordnung vom 15. Januar 1920 — 564a IV Mb — (Sächsische Staatszeitung Nr. 14 vom 19. Januar 1920) unter A aufgeführten, für Ärzte bereitgestellten Arzneimittel künstlich auch noch die nachstehend unter * bezeichneten Arzneimittel für Tierärzte zugänglich zu machen.
 Dresden, den 28. September 1920.
 Ministerium des Innern.

Coffeinum-Natrium salicylicum-Lösung 1:2) in Ampullen-
 Morphium hydrochloricum-Lösung 0,5:10,0) form,
 Chloralhydrat,
 Acetanilid,
 Extractum Aloes,
 Salzsäure,
 Senföl

Kurze wichtige Nachrichten.

* Gestern vormittag 11 Uhr hatte der Reichszentralrat Fehrenbach eine längere politische Aussprache mit dem dänischen Ministerpräsidenten.
 * Wie in München verlautet, hat Reichsverkehrsminister Groener für Ende dieser Woche eine Reichskonferenz nach Würzburg anberaumt. Die Konferenz wird sich mit der allgemeinen Verkehrsfrage beschäftigen.
 * In einer Sitzung des Hamborner Vollzugsrates wurde allgemein zur Besitzergreifung der Gruben durch die Bergarbeiter nach dem oberitalienischen Vorgang aufgefordert. Man spricht sich für eine umfassende Propaganda in den Versammlungen der nächsten Sonntage aus.

* Das „Journal“ meldet: Das deutsch-englische Schiedsgericht wird am 1. Januar seine Sitzungen in London aufnehmen. Die Zahl der zu behandelnden Geschäfte ist noch nicht bekannt.
 * Herr Dr. Lieber aus Newport, der als Vorsitzender des Zentralhilfskomitees in Newport in hochherziger Mission zurzeit in Berlin anwesend ist, hat der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen 1000 Risten kondensierte Milch als Spende der Deutschamerikaner übergeben.
 * Die Polen haben in den letzten Tagen eigenmächtig nach Ostpreußen durch den Korridor gehende Transportzüge angehalten; von Seiten der deutschen Regierung wurde eine Beschwärdenote nach Warschau abgeandt.
 * Der Münchener Gewerkschaftsvorstand lehnte gestern abend mit großer Mehrheit den Antrag der Kommunisten auf die Wahl politischer Arbeiterräte ab.
 * Der Pariser Gemeinderat beschloß gestern, die Kohlenration mit Mitte Oktober für die Person zu verdoppeln und gleichzeitig den Preis zu ermäßigen, da Kohle im Ueberfluß aus Deutschland eingeführt werde.
 * „Sunday Express“ meldet, daß der Bürgermeister von Corl auf Befehl des englischen Ministers des Innern aus dem Hospital in das Gefängnis übergeführt wurde. Mit Ausnahme der Gefängnisärzte und Krankenwärter wird niemand zu ihm gelassen. Die Wirren halten noch weiterhin an. Gestern abend griff eine Bande von Sinnfeindern die Kaserne von Margow bei Corl an, Sie bemächtigten sich einer großen Menge von Waffen und Munition. Die Sinnfeinder drangen in die Kaserne ein, als die Soldaten auf dem Truppenübungsplatz waren.
 * Die „Morning Post“ meldet aus Riga: Die polnische Delegation hat den russischen Abänderungsvorschlägen zum Vorfriedensvertrag zugestimmt. Der Waffenstillstand steht vor seiner Unterzeichnung.

Die Brüsseler Konferenz.

Am Dienstag wurde zunächst ein Ausschuss ernannt, der das Problem der öffentlichen Finanzen prüfen soll, deren Erörterung die vorgestrige Sitzung ausfüllte. In diesen Ausschuss wurde deutschseits der Staatssekretär Bergmann entsandt. Hiernach wurde die Verlesung der Finanzexpozes der verschiedenen Staaten fortgesetzt. Den Bericht über die finanzielle Lage Englands erstattete Lord Chalmers. Englands finanzpolitische Stellung ist gekennzeichnet durch ein festes, klares Budget und durch eine strenge Steuerpolitik, die die wichtigste Richtlinie für die fünftägige Finanzdebatte ist. An zweiter Stelle sprach das Mitglied der belgischen Delegation Lefevre. Die belgische Finanzlage ist nicht als günstig anzupreisen. Für die japanische Delegation sprach der Finanzfachverständige Mori. Weiter erstatteten die Delegierten von Britisch-Indien, Australien und Peru ihre Berichte über die finanzpolitische Verfassung ihrer Länder.

In der Nachmittagsitzung erklärte der amerikanische Delegierte, daß er in der Konferenz einen Erfolg sehe, weil sie zum ersten Male die ehemals gegnerischen Nationen zu einer sachlichen Beratung zusammenführte.

Was die Hoffnungen Europas auf die amerikanischen Kredite angeht, so könne er wenig Aussichten auf ihre Erfüllung eröffnen, dies umso weniger, als Europa eine wesentliche Voraussetzung des amerikanischen Privatkapitals nicht biete, nämlich Sicherheit und Friede. Erst wenn diese Voraussetzung erfüllt sei, könnte Europa auf Unterstützung rechnen.

Staatssekretär Bergmann hielt dann die bereits gemeldete Rede. Das Haus folgte seinen Worten mit größter Aufmerksamkeit. Als er geendet hatte, wurde ihm alleseitig Beifall zuteil.

Des weitern sprachen der Führer der südafrikanischen Delegation, der österreichische Finanzminister und die Delegierten von Bulgarien und Portugal.

Brüssel, 29. September. Die „Agence Havas“ bestätigt, daß die Rede des Staatssekretärs Bergmann, welche nur ein Kommentar des schon veröffentlichten Exposés über die finanzielle Lage Deutschlands sei, von der Versammlung günstig aufgenommen wurde. In den Besprechungen der deutschen Erklärung in den Wandelgängen der Konferenz bemerkte

man den Wunsch, objektiv über die der Konferenz von Deutschland unterbreiteten Exposés zu urteilen und von den öffentlich durch die Reichsregierung befundeten Absichten Akt zu nehmen.

Rotterdam, 29. September. Reuter meldet heute früh aus Brüssel: Der deutsche Finanzbericht in Brüssel hat allgemein Beachtung gefunden. Die englische Delegation ist in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen Sonderaktionen für einen einzelnen Staat, da die europäische Lage nur durch gemeinsame Maßnahmen aller Staaten eine Erleichterung finden könne.

Rotterdam, 29. September. „Daily Telegraph“ meldet, daß die Franzosen die deutschen Vorstellungen in Brüssel mit dem Vorlegen des Berichtes der Berliner Entente-Kommissionen erwidern wollen. Zum Teil würde durch diese Berichte die deutsche Finanzkrise auf Ursachen zurückgeführt, für deren Beseitigung die alliierten Kabinette keine Möglichkeit hätten.

Rotterdam, 29. September. Die „Morning Post“ meldet aus Brüssel: Die alliierten Delegationen haben sich dafür ausgesprochen, daß der Brüsseler Konferenz nicht nur beratender, sondern auch beschließender Charakter beigelegt werde. Zwischen den alliierten Kabinetten sind Verhandlungen darüber in der Schwebe.

Brüssel und die Friedensbedingungen.

Die Sitzungen auf der Brüsseler Konferenz zeigen deutlich, daß eine Scheidung zwischen England und Frankreich eingetreten ist, wie man der Frage des Wiederaufbaues von Europa nähertreten will. England wird unbedingt durch die Schriften des Professors Keynes beeinflusst, welcher schon stets eine Revision von Versailles befürwortete. Die der englischen Regierung nahestehende „Westminster Gazette“ weiß in einem beachtenswerten Leitartikel darauf hin, daß England und Frankreich offen ihre Gegenseite aussprechen müßten. Obwohl viele Menschen der Ansicht seien, daß die meisten Bedingungen von Versailles nicht durchgeführt werden könnten, lehnten die Franzosen jeden Kompromiß in wirtschaftlichen Fragen mit dem früheren Feinde ab. Sollten sich die französischen Ideen durchsetzen, so würde der Fragenkomplex wahrscheinlich verlagert werden, bis ihn die Wiedergutmachungskommission im nächsten Jahre wieder aufnehme. Es würde sich dann zeigen, daß die wörtliche Auslegung des Vertrages unmöglich sei, aber bis dahin würden die Verhältnisse in Europa um vieles schlimmer geworden sein. Man müsse die Franzosen überzeugen, daß ihre eigenen Interessen mit denen der Welt eng verbunden seien.

Die Franzosen wollen, wie die offizielle „Havas“ mitteilt, diese gefährlichen Themen vermeiden. Die Revision des Versailler Friedens dürfe nicht unter dem Vorwand von Erörterungen über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Europas zur Sprache kommen. Wie verblendet man in Frankreich ist, zeigt eine Meldung des stets gut unterrichteten „Echo de Paris“, in der der Korrespondent auseinandersetzt, daß es sich darum handele, gegen die Rennes-Richtung die Interessen Frankreichs zu wahren, gegenüber allen Finanziers, auch den Finanziers in der französischen Delegation selbst. Deutschland, das offen seine Lage auf der Brüsseler Konferenz dargelegt hat, kann nur hoffen, daß England sich nicht durch seinen Verbündeten beeinflussen läßt, denn nur eine Revision des Versailler Friedens kann den Wiederaufbau der Welt, an dem alle Staaten beteiligt sind, gewährleisten.

Unwürdige Berichterstattung über Brüssel.

Schon während der Verhandlungen in Spa ist allgemein darüber gellacht worden, daß unsere deutsche Berichterstattung nicht immer das Maß von nationalem Selbstbewußtsein gezeigt habe, das für die von der Regierung zugelassene Presse eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Es kamen in die Zeitungen Berichte, die von Fortschritten in der Annäherung des Feindbundes an Deutschland zu erzählen wußten; dabei zeigte sich vom ersten Augenblick an, daß unsere Gegner Deutschland mit demselben Siegerhochmut wie bisher entgegentraten und ihm unerhörte Bedingungen auferlegten. Auch rein äußerlich war die Behandlung für unsere Delegierten unwürdig. Eine Zeitung überschreibt sogar ihren Tagesbericht mit der diden Ueberschrift: „Kleine Fortschritte“, und worin bestanden sie? Man las nur von lauter demütigenden Bedingungen, und zwischendurch fand sich die eingestreute Bemerkung, daß Lloyd George beim Eintritt in den Konferenzsaal dem Reichszentralrat Fehrenbach zugewandt habe. Nun beginnt dieselbe unwürdige Methode. Ein Berliner Blatt bringt heute die Nachricht von der ersten Sitzung in Brüssel. Statt sich lediglich mit der Finanzlamaität

dem Obmann be-
 werk beschäftigt
 in des Betriebsrats
 e Arbeiter wollten
 Käse kaufen, Verk-
 Order beauftragt,
 und 1000 Mark —
 Anspolizei fahndet
 verdächtige, die nur
 beschäftigt werden.
 es. In der Nähe
 in Frida Gög aus
 ten Menschen auf
 getölet. Der Täter
 ein-Callnberg.
 munion (Koch.)
 (Kapelle.)
 erfammlung.
 hndorf.
 Innerverein.
 chl. Gemeinschaft.
 ergottesdienst.
 om Verkauf
 e Heine,
 rstein-Callnberg.
 28 9,
 79 50 %
 90,30
 65,—
 59,50
 68,40
 58,—
 78,25
 85,—
 88,50
 96,25
 94,—
 104,25
 98,75
 332,—
 470,—
 286,75
 359,—
 460,—
 425,—
 235,75
 310,60
 193,—
 542,—
 183,—
 287,—
 940,—
 em:
 Brief
 81,22 1/2 %
 1859,90
 209,25
 249,25
 963,50
 59 56
 386,90
 1201,20
 420,45
 80 60
 irtsverein.
 ner Adler.
 Polzeifunde betr.
 chtmittglieder will-
 kommen.
 le morgen zum
 rcht einen Posten
 ument Kohl,
 d Weißkraut
 — Tomaten
 age n. a. m.
 a Zierold,
 rg, Telefon 375.
 auch ohne Bürgen,
 sofort auszuweisen
 Wolf, Chemnitz,
 Jerstr. 46, Tel. 8938
 ber unser
 tsgehilfe
 r Landes-
 2 Uhr
 t. Niclas.
 a. maas.
 inberg.